

Osnabrücker Jahrbuch
Frieden und Wissenschaft
10 / 2003

An den Grenzen des Lebens

- OSNABRÜCKER FRIEDENSGESPRÄCHE 2002
- MUSICA PRO PACE 2002
- BEITRÄGE ZUR FRIEDENSFORSCHUNG

Herausgegeben vom Oberbürgermeister der
Stadt Osnabrück und dem Präsidenten der
Universität Osnabrück

V&R unipress

– Veröffentlichung des Universitätsverlags Osnabrück bei V&R unipress –

Eiichi Kido, Ôsaka / Japan

Der »Friedensstaat« Japan auf dem Weg zur Kriegsbereitschaft

Über die widerspruchsvolle Ko-Existenz der japanischen
Verfassung und der Sicherheitsallianz mit den USA

Immer deutlicher wird erkennbar, dass sich Japan auf einen Krieg vorbereitet. Im In- und Ausland erregt es tiefe Besorgnis, dass seine Regierung 58 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges noch keine wirkliche Abrechnung mit der Vergangenheit vollzogen hat. Gleichzeitig tut die Regierung alles, um die »Friedensverfassung«, wie die japanische Verfassung genannt wird, endgültig in Vergessenheit geraten zu lassen.

Seit 1945 ist die japanische Politik weitgehend durch amerikanische Weichenstellungen bestimmt. Nach der Niederlage im Zweiten Weltkrieg wurde Japan von den USA besetzt. Seine Unabhängigkeit erreichte das Land, als der Friedensvertrag von San Francisco am 28. April 1952 in Kraft trat. Der Friedensvertrag war mit dem japanisch-amerikanischen Sicherheitsvertrag verbunden, der ebenfalls am 8. September 1951 unterzeichnet worden war. Seitdem existiert für Japan ein dualer Rechtsstatus: Die pazifistische Verfassung, die am 3. Mai 1947 in Kraft trat, wird systematisch durch den Militärpakt in Frage gestellt. Der grundlegende Widerspruch zwischen der höchsten Staatsnorm und dem bilateralen Militärvertrag scheint heute unübersehbar: Versuchte die japanische Obrigkeit früher, die Verfassung durch Interpretation de facto zu ändern, so steht heute eine nominelle Verfassungsänderung auf der Tagesordnung.

Nach dem Ende des Kalten Krieges wird das japanisch-amerikanische Sicherheitssystem mehr und mehr globalisiert und militarisiert. Der japanische Konservatismus nutzt die Situation und offenbart seinen militaristischen Charakter. Der neue »Krieg« gegen den Terror hat ihm endlich eine Rechtfertigung für die Politik der »kollektiven Verteidigung« und der Verfassungsänderung gegeben.

Im Folgenden werden die Antinomie und der Zusammenhang zwischen der japanischen Verfassung und dem japanisch-amerikanischen Sicherheitssystem historisch untersucht und das andauernde Wechselspiel zwischen dem japanisch-amerikanischen Militärbündnis und dem japanischen Konservatismus nachgezeichnet.

I. Das Überleben des Kaisertums — Am 15. August 1945 erklärte Kaiser Hirohito im Rundfunk, Japan werde die im Potsdamer Abkommen der Alliierten Siegermächte des Zweiten Weltkriegs vereinbarten Kapitulationsbedingungen akzeptieren. Erläuternd sagte er: »Nur so, meine getreuen Untertanen, können wir unsere nationale Einheit bewahren, und ich werde, auf Eure Aufrichtigkeit vertrauend, immer mit Euch vereint bleiben.«

Vor 1945 galt der Kaiser als direkter Abkömmling der Götter und war heilig und unantastbar. Die Obrigkeit handelte in seinem Auftrag und verwirklichte seinen Willen. Für die Untertanen war es die höchste Ehre, ihr Leben für den Kaiser zu opfern.

Der Fortbestand des Kaisertums war der Anknüpfungspunkt für den japanischen Konservatismus nach dem Zweiten Weltkrieg. Dank der »heiligen Entscheidung«, mit der Kaiser Hirohito das Land in den Frieden führte, konnten konservative Politiker die politische Führungsrolle von den kriegsbeantwortenden Befehlshabern der Armee zurückgewinnen.¹

Die »heilige Entscheidung« aber war und ist ein selbstbetrügerischer Mythos. Hätte Hirohito die Potsdamer Erklärung umgehend nach deren Verkündung am 26. Juli 1945 angenommen, so hätte es weder Atombombenopfer noch Internierte in Sibirien gegeben. Vor allem hätte Hirohito seine Befugnis, eine »heilige Entscheidung« zu treffen, nutzen können, um den Krieg zu verhindern. Er traf die »heilige Entscheidung« zur Beendigung des Krieges weniger, weil er die wachsende Zahl der Kriegsoffer begrenzen wollte, als vielmehr aus Furcht vor einer Zerstörung der alten Throninsignien im Fall des Angriffs auf die Hauptinsel.

Die Amerikaner sahen ursprünglich die radikale Demilitarisierung und Demokratisierung Japans als Ziel der Besatzungspolitik vor. Militärisch und wirtschaftlich sollte Japan nicht mehr in der Lage sein, einen Krieg gegen die USA zu führen. In der Direktive SWNCC 150/4 (*Initial Post-Surrender Policy for Japan*) vom 6. September 1945 zielten die USA darauf, eine friedliebende Regierung zu bilden, die die amerikanische Politik unterstützen und nie wieder eine Bedrohung für die USA sein würde. Die amerikanische Besatzungsmacht setzte die Entmilitarisierung um, initiierte eine Bodenreform sowie die Entflechtung großer Wirtschaftskonzerne und gab Impulse für die Demokratisierung des Gesellschaftslebens und transformierte so das politische, wirtschaftliche und militärische System Japans vor 1945 weitgehend. Die Japaner nennen eine Reihe dieser Umwälzungen »Besatzungsreformen«.

Das Kaisertum allerdings ließen die Amerikaner fortbestehen und versuchten, dessen Unterstützung für die effektive Umsetzung ihrer Politik zu gewinnen. Dieses bot günstige Rahmenbedingungen für die Wiederbelebung des japanischen Konservatismus, dessen Kern kaiserliche Familienangehörige und hohe Staatsdiener des Kaiserhofs bildeten.

Zunächst nahm Hirohito in einer Erklärung am 1. Januar 1946 vom Status der ›Göttlichkeit‹ des japanischen Kaisers Abstand. Diese von Ministerpräsident *Kijûrô Shidehara* entworfene Erklärung wurde von der amerikanischen Besatzungsmacht unterstützt. Sie beeindruckte die Bevölkerung sehr, weil der Staats-Schintoismus vor 1945, in dem der Tennokult begründet war, die entscheidende Rolle zur Kriegsmobilisierung des ganzen Volkes gespielt hatte.² In der neuen Verfassung wurde der Kaiser vom göttlichen, unverletzlichen Staatsoberhaupt zum »Symbol Japans und der Einheit des japanischen Volkes« (Artikel 1). Er hat keine Befugnisse hinsichtlich der Staatsregierung und darf nur die in der Verfassung bestimmten Handlungen vornehmen (Artikel 4).

Die Konservativen stimmten der Verfassung widerwillig zu. Angesichts der Unfähigkeit der japanischen Obrigkeit, rechtzeitig einen eigenen Entwurf für eine demokratische Verfassung vorzulegen, hatte ihr die amerikanische Besatzungsmacht den Verfassungsentwurf verordnet. Die Amerikaner beeilten sich mit der Verkündung der neuen Verfassung, weil sie die Einmischung der übrigen Alliierten in die Frage der künftigen japanischen Verfassung – insbesondere hinsichtlich des Kaisertums – ausschließen wollten. Die japanischen Konservativen bewerteten die neuen Verfassungsprinzipien wie Volkssouveränität, Menschenrechte, Friedens- und Wohlfahrtsstaat nicht besonders hoch. Sie akzeptierten die Verfassung, um die Verfolgung Hirohitos und eine radikale politisch-gesellschaftliche Umwälzung zu verhindern. Sie sprachen verachtend von einer »Blitzableiterverfassung«.

Tatsächlich spielte Hirohito weiter eine wichtige politische Rolle. Am 27. September 1945 besuchte er zum erstenmal den Oberbefehlshaber *Douglas McArthur*. Was er dem amerikanischen General konkret sagte, ist nicht klar, denn das japanische Außenministerium und das Kaiserliche Haushof-Amt halten das Protokoll weiterhin unter Verschluss. Die historische Bedeutung des Gesprächs liegt jedenfalls darin, dass sich die Partner gegenseitig ihrer Unterstützung vergewisserten. Der amerikanische General konnte auf die Autorität des Kaisers als politisches Instrument für seine Politik bauen, und der Kaiser würde mit der Besatzungsmacht uneingeschränkt zusammenarbeiten. Wegen seiner Kriegsschuld gab es für Hirohito keinen anderen Weg, um sein Kaisertum zu wahren.

Drei Tage nach dem Inkrafttreten der neuen Verfassung sagte Hirohito zu McArthur am 6. Mai 1947: »Für die Sicherheit Japans sollten die USA als Vertreter der Angelsachsen die Initiative ergreifen. In diesem Sinne erwarte ich mir viel von Ihrer Hilfe«. In Verkennung der Tatsache, dass sein Land bis kurz zuvor eine Bedrohung für die Welt war, hatte er wenig Verständnis dafür, dass die Amerikaner den Artikel 9, der Japan das Recht zur Kriegführung abspricht und den Besitz der Mittel zum Krieg verwehrt, in die Verfas-

sung eingerückt hatten, um Befürchtungen der Verbündeten bezüglich des japanischen Kaisertums zu begegnen und möglicher Kritik vorzubeugen.

Hirohito befürchtete wohl Massenunruhen, und so sollten die Amerikaner die entscheidende Rolle dabei spielen, die politisch-gesellschaftlichen Unruhen, die die Sowjetunion möglicherweise ausnutzen würde, niederzuschlagen. Hirohito ignorierte die neue Verfassung, die dem Kaiser jede politische Handlung verbietet, als er Mitte September 1947 den Amerikanern indirekt vorschlug, durch einen Pachtvertrag über 25 oder 50 Jahre die Insel Okinawa in militärischen Besitz zu nehmen. Viele seiner Äußerungen und Handlungen bildeten den strukturellen Rahmen der Nachkriegspolitik des japanischen Konservatismus.

II. Vom ›Gegenkurs‹ zum Sicherheitsvertrag — Im Zeichen des Kalten Krieges änderten die Amerikaner ihre Japan-Politik. Ihre neue Besatzungspolitik zielte darauf, Japan als antikommunistisches Bollwerk aufzubauen. Nach der Gründung der Volksrepublik China am 1. Oktober 1949 drängten die USA auf die Wiederherstellung der Unabhängigkeit Japans.³ Nun revidierten sie ihre Asienstrategie grundlegend. Um Japan anstelle von China als Stützpunkt in Asien zum treuen Bündnispartner zu machen, schlugen sie den »Gegenkurs« ein, wie die Japaner das damals nannten. Die Gewerkschaftsbewegungen wurden nun massiv unterdrückt; Kommunisten wurden verfolgt und vom Arbeitsplatz verjagt. Die Kriegsverantwortlichen kehrten in Politik und Wirtschaft zurück, und die Wiederbewaffnung wurde forciert.

Für den »Gegenkurs« war die japanische Verfassung ein grundlegendes Hindernis, und so wurde vor dem Hintergrund des Koreakrieges im August 1950 eine ›Polizeireserve‹ mit 75.000 Mann gebildet, was allerdings im In- und Ausland Angst und Misstrauen gegenüber einer Wiederbelebung des japanischen Militarismus hervorrief. Um die ehemaligen Alliierten zu überzeugen, betonten die USA immer wieder, die Wiederbewaffnung Japans diene der Verhinderung der kommunistischen Durchdringung des Landes. Die japanische Verfassung blieb dabei mit Rücksicht auf die Befürchtungen anderer Länder unverändert. Die USA selbst hatten allerdings gar nicht die Absicht, einem wiederbewaffneten Japan vollständigen außenpolitischen Freiraum zu geben. Japan sollte nicht mehr sein als ein amerikanischer Juniorpartner und Stützpunkt. Aber die USA wollten den Eindruck vermeiden, die Wiederbewaffnung und der Sicherheitsvertrag seien der japanischen Regierung aufgezwungen worden. Insofern war es ihnen der Form nach recht, in dieser Frage einen ›Vorschlag‹ der Japaner positiv zu beantworten.

Im August 1950 sandte Hirohito ein Schreiben an den politischen Berater des amerikanischen Außenministeriums, *John Foster Dulles*. Darin verlangte er, wegen politischer Mitverantwortung für den Krieg vom Dienst suspendierte Beamte wieder zum öffentlichen Dienst zuzulassen. Die Betroffenen wür-

den dazu beitragen, dass Japan aus eigenem Antrieb den USA die Errichtung von Militärstützpunkten anbiete. Am 10. Februar 1951 trafen sich Hirohito und Dulles, der den Kaiser offensichtlich nicht als bloße Symbolfigur, sondern als Verhandlungs- und Bündnispartner betrachtete, im Kaiserpalast. Am nächsten Tag erklärte Dulles, die amerikanischen Truppen würden im Land bleiben, wenn Japan dies wünsche.

Für die japanischen Konservativen waren die politischen Ambitionen Hirohitos sehr wichtig. Dank seiner ›heiligen Entscheidung‹ konnten sie in der Nachkriegszeit unbeschadet wieder arbeiten. Um eine stabile Machtstruktur aufzubauen, waren sie auf die wirtschaftliche und politische Hilfe der USA angewiesen. Auch die Amerikaner wünschten sich die Kooperation mit den japanischen Konservativen, soweit sie die amerikanischen Pläne teilten.

Bei den Verhandlungen zum Sicherheitsvertrag versuchten die Japaner einerseits den amerikanischen Forderungen zu entsprechen, um andererseits die Kompromissbereitschaft der Amerikaner einzufordern. Die japanische Regierung akzeptierte die Wiederbewaffnung des Landes, wollte aber möglichst geringe Militärkosten tragen. Für die japanische Seite war entscheidend, durch den Sicherheitsvertrag weiterhin amerikanische Wirtschaftshilfe zu erhalten.

Der am 8. September 1951 unterschriebene japanisch-amerikanische Sicherheitsvertrag war in zwei Punkten bemerkenswert.

Erstens: Die Amerikaner entsprachen dem japanischen Wunsch, Truppen in Japan zu stationieren, gingen aber ihrerseits keine Verpflichtung zur Verteidigung des Landes ein. Denn unter Berufung auf die *Vandenberg-Resolution* vom 11. Juni 1948, in der die »fortlaufende und effektive Selbsthilfe und gegenseitige Hilfe« als Voraussetzung für eine amerikanische Auslandsverteidigung festgelegt wurden, lehnten es die USA ab, ein Beistandsabkommen mit dem *selbstverteidigungsunfähigen* Japan zu schließen.

Zweitens: Die in Japan stationierten amerikanischen Truppen sollten nicht nur zur Sicherheit Japans beitragen – was praktisch das Niederschlagen von Revolten bedeutete –, sondern auch zu »internationalem Frieden und Sicherheit im *Fernen Osten*«. *Kumao Nishimura*, der sich an der Verhandlung des Vertrags beteiligt hatte, sagte: »Es gibt keinen anderen Vertrag, der den Einsatz des Militärs außerhalb des Verwendungsgebietes [Japan, E.K.] bestimmt«. Die japanische Regierung erklärte, der ›Ferne Osten‹ meine die Region nördlich der Philippinen; im amerikanischen Verständnis dagegen umfasste der Begriff den Riesenraum vom chinesischen Festland und der Sowjetunion bis Australien und Neuseeland.

Unter dem japanisch-amerikanischen Sicherheitssystem hatte sich Japan schnell erneut bewaffnet. Dem amerikanischen Wunsch entsprechend, wurde die ›Polizeireserve‹ im August 1952 zur ›Sicherheitstruppe‹ mit einer Stärke von 110.000 Mann umorganisiert, die im Juli 1954 wiederum zu den ›Selbst-

verteidigungsstreitkräften mit 180.000 Mann ausgebaut wurde. Dank des Sicherheitsvertrags konnten die amerikanischen Truppen in ganz Japan Militärstützpunkte bauen und erhalten, und zwar wo und wie viele sie wollten. Die dazu notwendigen Materialien und Arbeitsdienste musste Japan anbieten. Amerikanische Offiziere, Soldaten, Angestellte und Familienangehörige genossen die Vorteile der Exterritorialität und der Zollfreiheit: kein Wunder, dass viele Japaner den Eindruck behielten, das Land sei von den Amerikanern weiterhin militärisch besetzt; der Unmut wuchs.

Ein revidierter Sicherheitsvertrag zwischen den USA und Japan wurde am 19. Januar 1960 in Washington unterschrieben. Er legte fest, dass beide Länder gemeinsam auf einen Angriff gegen Japan reagieren sollten. Aus Angst vor der Verwicklung in einen Krieg und aus weit verbreiteter Entrüstung über die Umgehung der Verfassung kam es in Japan zu Massenprotesten. Der autoritäre Regierungsstil des Ministerpräsidenten *Nobusuke Kishi* führte zum Tod einer demonstrierenden Studentin am 15. Juni 1960, die das Opfer eines Übergriffs der Polizei wurde. Viele Japaner empörte, dass Kishi, ein ehemaliger Kriegsverbrecher, jetzt als amerikanischer Kollaborateur intrigierte.

Um der wesentlichen Kritik am japanisch-amerikanischen Sicherheitssystem zu begegnen, wurden seine positiven wirtschaftlichen Auswirkungen betont. Für die USA war der wirtschaftliche Aufstieg Japans wichtig, damit das Land als antikommunistisches Bollwerk funktionieren konnte. Japan war der größte Markt für das amerikanische Kapital in Asien. Der Sicherheitsvertrag hatte deshalb auch den Charakter eines Wirtschaftsvertrags, der als Pfand für eine stabile Wirtschaftsentwicklung Japans dienen sollte.

Durch angebliche und reale wirtschaftliche Vorteile, die der japanisch-amerikanische Sicherheitsvertrag mit sich brachte, gelang es den japanischen Konservativen, ihre eigene Machtstruktur auszubauen und die Staatsgewalt zu monopolisieren. Sie konnten mittels einer unverblühten Interessenpolitik die Stimmen der Bevölkerung gewinnen.

III. Unbewältigte Vergangenheit und Militarisierung der Nachbarländer — Das japanisch-amerikanische Sicherheitssystem hatte einen gravierenden Widerspruch zwischen Japan und den Nachbarländern festgeschrieben, der bis heute fortbesteht. Die wirtschaftliche Kluft zwischen Japan und seinen Nachbarn war und ist sehr tief. Während der Entwicklung zur Wirtschaftsmacht hatte Japan nicht nur die USA, sondern auch asiatische Länder als Markt für seine Exportprodukte gewonnen. Nach dem Zweiten Weltkrieg hatte sich Japan ›amerikanisiert‹, ohne sich mit seiner Kriegsschuld auseinander zu setzen. Japan verdankt den USA die Verdrängung seiner Vergangenheit, denn die USA sorgten im Friedensvertrag dafür, dass Japan von seinen Reparationsverpflichtungen praktisch entlastet wurde. Nur an Burma, Indonesien, Philippinen und Südvietnam leistete Japan Reparationen. Die Beträge

waren aber für die betroffenen Länder offensichtlich ungenügend; Japan bezahlte kein Geld, sondern lieferte industrielle Waren, was eher dem japanischen Kapital gut bekam. Anderen Ländern, die vordem angegriffen und kolonisiert worden waren, bot Japan nur »wirtschaftliche Zusammenarbeit« an. Die Unzufriedenheit der asiatischen Nachbarländer haben die USA unterdrückt.

Am 2. Oktober 1953 trafen sich der Sonderbeauftragte des Ministerpräsidenten Yoshida, *Hayato Ikeda*, und der für den Fernen Osten zuständige Stellvertreter des amerikanischen Außenministers, *Walter S. Robertson*. Nun sollten die Selbstverteidigungstreitkräfte auf 300.000 Mann verstärkt werden, und man kam überein, dass Japan in den USA überschüssigen Weizen kaufen sollte und die USA 20% des entsprechenden Umsatzes zur Förderung der japanischen Rüstungsindustrie ausgeben würden. Zum Zweck der Wiederbewaffnung sollte Japan die »patriotische« Schulerziehung stärken, was die japanischen Konservativen sehr begrüßten. Um jedwede »tendenziöse« Erziehung zu unterbinden, wurde die Schulbuchzensur verschärft und die Lehrerschaft auf »politische Neutralität« verpflichtet.

Um den japanischen Export in die asiatischen Nachbarländer zu stabilisieren, war deren pro-amerikanische und pro-japanische Orientierung wichtig. Hand in Hand mit den USA unterstützte Japan deshalb die autoritären entwicklungs-diktatorischen Regierungen u.a. auf den Philippinen, in Indonesien und in Südkorea. Japan unterstützte die militärische Aufrüstung und Konsolidierung jener pro-amerikanischen und pro-japanischen Regierungsgewalten, um die eigene Exportoffensive voranzutreiben.⁴ Die solchermaßen militarierten Länder wurden Teile des japanischen Markts. Im Handel mit ihnen erzielte Japan hohe Überschüsse, was zur Grundlage der wirtschaftlichen Hochentwicklung Japans wurde. So entstanden immer engere Verflechtungen zwischen dem politischen Sicherheitssystem und der Wirtschaft Japans. Solange das Land vom Sicherheitssystem mit den USA profitiert, kann der japanische Konservatismus stabil bleiben. Diese Struktur stärkte den Konservatismus in Japan nachhaltig und seine ideologische Verankerung in der Bevölkerung.

In den Nachbarländern konnte jeweils nur ein kleiner Teil der Bevölkerung aus den Geschäften mit Japan Vorteile ziehen. Deren überwiegende Mehrheit musste auf eine Wiedergutmachung von Kriegsschäden verzichten und hinnehmen, dass die Übermacht der japanischen Wirtschaft die Entwicklungschancen der einheimischen Industrien empfindlich schmälerte und die autoritären Regime jede oppositionelle Bewegung gewaltsam unterdrückten. Während der Sicherheitspakt mit den USA der Wirtschaftsentwicklung und dem Konservatismus Japans nützte, trug er dazu bei, asiatische Länder und Völker politisch wie wirtschaftlich in Abhängigkeit zu Japan bringen und zu unterdrücken.⁵ Weil Japan die Führung seines Angriffskriegs erfolgreich

verdrängte und sich ganz in die Allianz mit den USA einließ, nahm es gegenüber den Nachbarländern in Asien uneingeschränkt die Sichtweise der USA an. Japan hatte und hat keine eigene Initiative, nach eigenen Berührungspunkten mit Asien zu suchen.

IV. Das japanisch-amerikanische Sicherheitssystem als bestimmender Faktor des japanischen Konservatismus — Seit der zweiten Hälfte der 60er Jahre erlitt die amerikanische Wirtschaftskraft deutliche Einbußen. Zwischen den USA und Japan entstand ein Handelskonflikt: Im Frühling 1969 verlangten die USA rigoros von Japan, aus eigener Initiative die Ausfuhr von Woll- und Chemiefaserwaren zu beschränken. In den 70er Jahren zielte das gleiche Interesse auf Produkte wie Eisen und Stahl, Farbfernseher und Autos; in den 80er Jahren ging es dann um *High-Tech*-Produkte wie Halbleiter und Telekommunikationsgeräte. Allerdings waren die USA mit den Ergebnissen dieser Methode ›freiwilliger Exportbeschränkungen‹ immer weniger zufrieden. Immer lauter forderten sie, die allgemeine Wirtschaftsstruktur Japans samt Gesellschaftsordnung und Lebensgewohnheiten zu reformieren, um den japanischen Markt für den Weltmarkt zu öffnen.

Der Handelskonflikt war und ist immer wieder mit der Sicherheitspolitik verknüpft worden. So gestattete etwa bei der Verhandlung um die Rückgabe der Insel Okinawa an Japan der Regierungschef *Eisaku Satô* den USA heimlich, im Notfall Kernwaffen dort stationieren zu dürfen, was eine grobe Verletzung der »Drei Nichtnuklear-Prinzipien« bedeutete.⁶ Die Fortdauer ungleichgewichtiger Handelsbeziehungen zwischen Japan und den USA veränderte auch den Charakter des japanisch-amerikanischen Sicherheitssystems. Das Verständnis der Sicherheitsallianz sah für Japan nicht länger eine einseitige Verteidigungsgarantie durch US-Streitkräfte vor, sondern eine gegenseitige Bündnisverpflichtung beider Staaten. Im Rahmen einer veränderten Strategie der USA gegenüber der Sowjetunion galten für Japan ab November 1978 neue *Richtlinien zur bilateralen Verteidigungskooperation zwischen Japan und den USA*, deren Einführung damals völlig unstrittig blieb. In einem die Sicherheit Japans berührenden ›Ernstfall‹ sollten nun beide Länder zusammenarbeiten. Die japanischen Selbstverteidigungskräfte sollten gemeinsam mit den amerikanischen Truppen Maßnahmen für den militärischen Konfliktfall treffen. Sie sollten ausdrücklich »streitbar« sein. Außerdem sollte Japan den Amerikanern nicht nur – wie im Sicherheitsvertrag verankert – Militärstützpunkte anbieten, sondern auch sonst amerikanische Maßgaben befolgen.

Die konservative *Liberal-Demokratische Partei* verdankte der japanisch-amerikanischen Sicherheitsallianz ihre dauerhafte Einparteienherrschaft. Als Gegengewicht zu den vereinigten Sozialisten hatten sich im November 1955 Liberale und Demokraten zusammengeschlossen, womit sie einem amerikani-

schen Wunsch entsprochen hatten. So wurde der Kalte Krieg praktisch auch ins Inland übertragen.

Die LDP, die mit Hilfe üppiger Finanzhilfen aus Wirtschaftskreisen und dank der politischen Einflussmöglichkeiten der Ministerialbürokraten bis Juli 1993 ununterbrochen die Regierung führen konnte, vereinte kein anderer weltanschaulicher Zusammenhalt als ihr Antikommunismus. Ihre Haltung gegenüber den USA dagegen ist zwiespältig. Obwohl die Partei auf internationalem Parkett treu der amerikanischen Leitlinie folgt, pflegt ihr ultranationalistischer Teil antiamerikanische Rachegelüste, weil nach ihrer Auffassung die USA Japan in den Zweiten Weltkrieg trieben, mit den Atombomben-Abwürfen auf *Hiroshima* und *Nagasaki* einen Genozid verübten und anschließend Japan eine Verfassung nach ihrem Gusto aufzwangen.

Nach der heftigen Auseinandersetzung um die Revision des japanisch-amerikanischen Sicherheitsvertrags von 1960 verschleierte die LDP das heikle Politikum, das die Legitimität des Vertrags bzw. der Selbstverteidigungsstreitkräfte in Frage stellen könnte. Die Partei forcierte nun die wirtschaftliche Fortentwicklung, so dass der Streit um das Gesellschaftssystem verebbte. Das Dreiecksbündnis zwischen der LDP, Wirtschaftskreisen und der Staatsbürokratie konnte tatsächlich enorme Wachstumsraten verzeichnen. Durch Bauaufträge, Subventionen und Steuervergünstigungen verteilte die Partei in ihren Hochburgen wirtschaftliche Vorteile. So gerieten die wirtschaftlichen Aspekte des Sicherheitsvertrags mit den USA immer mehr in den Vordergrund, während die militärischen Vereinbarungen verblassten. Die Konservativen verwiesen auf die stabilen japanisch-amerikanischen Beziehungen und den wachsenden Wohlstand als ›Erfolg‹ des Sicherheitsvertrags, vor dessen Hintergrund die ›Gegenleistung‹ Japans, seine Aufrüstung, nur gerechtfertigt erschien.

V. Die Entwicklung des japanisch-amerikanischen Sicherheitssystems nach dem Ende des Kalten Krieges — Das Ende des Kalten Krieges erschütterte die Rahmenbedingungen der japanischen Außen- und Innenpolitik. Als antisowjetisches Militärbündnis verlor die japanisch-amerikanische Allianz seine Bedeutung. Die im Zeitalter des Kalten Krieges unterdrückte Kriegsschuldfrage trat wieder ans Licht, und die Legitimität der Alleinherrschaft der LDP wurde zunehmend in Zweifel gezogen. So geriet die LDP in schwere innerparteiliche Konflikte und musste im Juli 1993 in die Opposition gehen. Die USA begrüßten die neue Anti-LDP-Regierungskoalition, mit der sie eine Chance sahen, das japanisch-amerikanische Sicherheitssystem neu auszurichten. Mit der vormaligen LDP-Regierung waren die Amerikaner unzufrieden, weil sie beim Golfkrieg Anfang der 90er Jahre aus verfassungsrechtlichen Gründen ›nur‹ Kriegskosten von 9 Mrd. Dollar übernommen und nicht einen größeren Beitrag geleistet hatte.

Die USA haben nach dem Ende des Ost-West-Konflikts ihre globale Strategie radikal geändert. Die auf die Regierungsbank zurückgekehrte LDP reagierte noch aktiver darauf, zumal die Sozialisten ihre bisherige Opposition gegen den Sicherheitsvertrag verworfen hatten. Mit der gemeinsamen Erklärung, die US-Präsident *Bill Clinton* und der japanische Ministerpräsident *Ryūtarō Hashimoto* am 17. April 1996 in Tokio veröffentlichten, ist die internationale Bedeutung des japanisch-amerikanischen Sicherheitsvertrags deutlich gesteigert. Im September 1997 verständigten sich beide Regierungen in den *Neuen Richtlinien zur bilateralen Verteidigungskooperation zwischen Japan und den USA* noch enger. Diese Richtlinien bezweckten eine Kooperation beider Länder in einem den Frieden und die Sicherheit Japans berührenden Ernstfall in der »Umgebung« Japans. Dabei ging es nicht mehr allein um militärische Konflikte, wie in den alten *Richtlinien* vorgesehen. Japan und die USA sollten nun auch bei Bedrohungen durch Terrorakte, Guerilla-Aktivitäten, im Fall von Aufständen und gegen Menschenrechtsverletzungen gemeinsam intervenieren. Auf japanischer Seite sollten nicht nur die Selbstverteidigungsstreitkräfte, sondern auch Kommunen, Präfekturen und private Einrichtungen auf Veranlassung der Regierung mit den USA kooperieren. Damit wurde im Prinzip die »Gesamtmobilisierung« des Volkes für einen von den USA geführten Krieg ermöglicht. Angesichts der neuen *Richtlinien* wurde im Mai 1999 das *Umgebungslagegesetz* vom japanischen Parlament beschlossen. Damit sollen die Selbstverteidigungsstreitkräfte in einer »Umgebung«, die über die koreanische Halbinsel hinaus bis in den Nahen Osten reichen könnte, der US-Armee logistische Unterstützung leisten.

VI. Warum ist die Aufrüstung für die Mehrheit der japanischen Bevölkerung akzeptabel? — Aufgrund des Artikels 9 seiner Verfassung nennt sich Japan »Friedensstaat«. Zwar hat das Land seit 1945 keinen Krieg geführt. Entgegen seinen Friedensbekenntnissen handelte Japan aber stets als ein »Semikriegsstaat«. Die Verfassung als höchste Norm des Staates ist durch die Existenz des japanisch-amerikanischen Sicherheitsvertrags permanent konterkariert worden, und dieses wurde durch den japanischen Konservatismus, der die Verfassung als »nationale Schande« betrachtet, noch gefördert. Die jahrzehntelange Alleinherrschaft der LDP wurde strukturell von den politischen Beziehungen zu den USA bestimmt. Die Konservativen akzeptierten und begrüßten jegliche, wenn auch indirekte Beteiligung Japans im Rahmen des bilateralen Sicherheitsvertrags an Kriegen der USA in Korea und Vietnam sowie am Persischen Golf. Die gewaltigen Schäden, die durch die amerikanischen Militärstützpunkte verursacht wurden, hat man gerne ignoriert.⁷

Warum ließ das japanische Volk eine solche Rechtsentwicklung zu? Man könnte an der Friedfertigkeit der Japaner zweifeln.⁸ Laut Verfassung ist der Pazifismus eine verbindliche staatliche Leitlinie der japanischen Politik. An-

ders als im Westen beruht dieser Maßstab aber nicht auf einer Gewissensentscheidung des Individuums. In der Bevölkerung Japans bedeutet er kaum mehr als eine kriegsscheue Stimmung. Die Regierung betrachtet den Pazifismus kurzerhand als ein ohnehin unrealisierbares theoretisches Konstrukt.

In Japan ist der Begriff »Frieden« (*Heiwa*) mit »familiärem Glück« verwandt. Das große Interesse an einer »friedlichen Familie« ist buchstäblich zweideutig. Fühlt sich die Bevölkerung durch undemokratisches Regierungshandeln direkt bedroht, so mag sie darauf heftig reagieren. Aber der Maßstab des Familiären hat kleinbürgerliche und apolitische Züge, denn dort, wo die »friedliche Familie« in Sicherheit zu sein scheint, endet das Interesse der Bevölkerung an staatlichen bzw. internationalen Angelegenheiten. Das möglicherweise spannungsvolle Verhältnis zwischen dem Individuum und einer Staatsgewalt, die sich zum »gerechten Krieg« befugt sieht, ist der japanischen Bevölkerung nur vage bewusst. Sie vertraut entschieden auf die »Friedensverfassung« und genießt ein »friedliches« Alltagsleben unter ihr. Erst während des Vietnamkriegs wuchs allmählich das selbstkritische Bewusstsein der Japaner, einer »Täternation« anzugehören, die vom amerikanischen Krieg profitiert.⁹ Nach dem Krieg ließ dieses wieder nach.

In der Präambel der Japanischen Verfassung heißt es: »Wir erkennen an, dass die Völker auf der ganzen Welt das Recht haben, ohne Unterschied frei von Furcht und Not in Frieden zu leben«. Diesen Geist, die von *Johan Galtung* später so genannte »Strukturelle Gewalt«, zu überwinden, hat die japanische Bevölkerung nicht besonders ernsthaft verinnerlicht. Sie hat kaum Verständnis für die Kritik, Japan habe durch Beiträge zur Militarisierung der autoritären Regime in den Nachbarländern mittels »Entwicklungshilfe« den unfriedlichen Zustand seit 1945 mitverursacht. Sogar die Rüstungsanstrengungen Japans sind verdrängt worden. Inzwischen rangiert das Land nach Angaben des Washingtoner *Center for Defense Information* mit einem Militärhaushalt von 40,4 Mrd. Dollar im Jahr 2001 hinter den USA (396,1 Mrd. Dollar), Russland (60,0 Mrd. Dollar) und China (42,0 Mrd. Dollar) auf dem vierten Platz.¹⁰ Diese verfassungsrechtlich unzulässige Tatsache irritiert die in politische Apathie abgedrängte Masse der Bevölkerung nicht besonders. Sie ist eher für propagandistische Warnungen anfällig, denen zu Folge Nordkorea demnächst Japan angreifen werde.¹¹ Ungern wird zur Kenntnis genommen, dass das von US-Präsident *George W. Bush* zur »Achse des Bösen« gezählte Nordkorea mit 1,3 Mrd. Dollar weniger als ein Dreissigstel der japanischen Rüstungsaufwendungen für seine militärischen Zwecke ausgibt.

Heute herrscht in Japan einerseits eine allgemeine Zufriedenheit mit dem »friedlichen« Alltagsleben in der Konsumgesellschaft. Andererseits wachsen die Frustrationen über die andauernde Wirtschaftsflaute und die Angst vor dem Prozess der Globalisierung. Beide Stimmungen gehen Hand in Hand. Die Unwissenheit über Geschichte und Gegenwart sowie das Bedürfnis, aus der

politisch-gesellschaftlichen Sackgasse schlagartig auszubrechen, könnten synergetisch die Neigung fördern, mit einem rechtspopulistischen oder sogar faschistischen Politikprogramm die Krise zu meistern.¹²

VII. *An der Schwelle zum »Kriegsstaat«* – Bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs hatte der Kaiser den Oberbefehl über das Heer und die Marine in Japan inne. Danach übernahmen praktisch die USA diese Rolle in Japan. Der US-Regierung war die japanische Innenpolitik offensichtlich gleichgültig, solange sich seine Regierung der amerikanischen Außen- und Sicherheitspolitik treu anpasst. Es gibt aber keine Garantie für langfristige, gesunde Beziehungen zwischen beiden Ländern. Die japanisch-amerikanischen Beziehungen seit 1945 sind allzu sehr militärisch-machtpolitisch orientiert. Sie haben keine Wertegrundlage etwa in den Menschenrechten und der Demokratie.¹³ Angesichts der globalen Erweiterung der japanisch-amerikanischen Sicherheitsallianz stellt sich allerdings die Frage, wem dieses Sicherheitssystem eigentlich nützt.¹⁴ Der japanische Konservatismus ist der amerikanischen Strategie, die dem Interesse des militärisch-industriellen Komplexes entspricht, ohne Vorbehalt gefolgt. Sein auch nach dem Zweiten Weltkrieg andauerndes militaristisches Gedankengut blieb – in die übergeordneten Konfliktkonstellationen des Kalten Krieges eingebettet – eher verdeckt. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion ist es mehr und mehr unverblümt hervorgetreten.

Der Terror vom 11. September 2001 bot dem japanischen Konservatismus Anlass zur weiteren Militarisierung von Staat und Gesellschaft. Auch ohne diese Terrorakte wäre Japan verpflichtet gewesen, sich auf von der Hegemonialmacht USA weltweit zu führende kriegerische Auseinandersetzungen umfassend vorzubereiten.¹⁵ Die unmittelbare Einsatzbereitschaft Japans gilt als Grundbedingung für die amerikanische Abschreckungspolitik und, falls die Abschreckung fehlschlägt, als militärische Rückversicherung.

Aus Gewohnheit sagt Japan zu den USA immer ›Ja‹, aber es wäre vordergründig, diese Einstellung als »Bündnistreue« zu bezeichnen. Die Rede vom »Bündnis« verklärt die internationalen Beziehungen von militärischer Herrschaft und Abhängigkeit; der abhängige Staat Japan hat nur beschränkten Spielraum für eine selbständige Außenpolitik. Heute gibt es in Japan insgesamt 134 US-Militäreinrichtungen auf einer Fläche von 1.010 Quadratkilometern. Ein Land, das den USA das Recht zur Errichtung von Militärbasen und zur unbeschränkten militärischen Nutzung gewährt und ungeheure Geldsummen als finanzielle Hilfe für die stationierten US-Truppen zu zahlen hat, wäre vielleicht eher als amerikanisches Protektorat zu bezeichnen.¹⁶

Von der Dekadenz des LDP-Regimes und der daraus erwachsenen Schwäche der Gesellschafts- und Wirtschaftsstruktur hat das japanische Volk längst genug. Von der »Strukturreform« des Ministerpräsidenten *Junichirô Koizumi* für das globalisierte japanische Kapital zunächst begeistert, ahnte die Bevöl-

kerung nicht, dass sie nur Entlastung und Deregulierung für die Unternehmen bedeuten würde und ihr Preis von der überwiegenden Mehrheit des Volkes zu bezahlen ist.¹⁷ Am 27. April 2001 sprach Koizumi auf der ersten Pressekonferenz nach dem Amtsantritt von einer Verfassungsänderung als seinem Hauptziel. Erstmals seit 46 Jahren äußerte ein frisch gekürter Ministerpräsident dieses Ziel. Konkret sieht die japanische Obrigkeit drei eng miteinander verbundene politische Aufgaben.

Erstens: Die Selbstverteidigungsstreitkräfte sollten gegen *alle* denkbaren Konflikte in der Welt einsatzbereit und funktionsfähig sein. Um die logistische Unterstützung für die US-Armee zu rechtfertigen, soll die »kollektive Verteidigung« (ungeachtet der bisherigen Regierungserklärung) nun als verfassungskonform interpretiert werden. Daraus folgt: Ein »Eventualfall« könnte dann entstehen, wenn die USA nach dem Muster des Kriegs gegen den Irak in der »Umgebung« Japans mit dessen Unterstützung einseitige Gewaltmaßnahmen forcieren würden.

Zweitens: Um Protest und Sabotage der Bevölkerung in einem »Eventualfall« zu unterdrücken und gleichzeitig einen effektiven Gegenangriff leisten zu können, wurden am 16. April 2002 drei Notstandsgesetze vom Kabinett beschlossen. Das Gesetz ermöglicht bereits bei Annahme eines »Eventualfalls« die Aussetzung von Freiheits- und Menschenrechten sowie die Errichtung einer Militärregierung durch den Ministerpräsidenten. Widerstand gegen die Regierung könnte hart bestraft werden.¹⁸ Um kritische Stimmen mundtot zu machen, wurde vom Kabinett am 8. März 2002 überdies ein *Medienregulierungsgesetz* beschlossen, mit dessen Hilfe die Obrigkeit ihr Volk bei der Stange zu halten hofft. Nachdem am 23. Mai 2003 das Medienregulierungsgesetz vom Oberhaus beschlossen wurde, passierten am 6. Juni 2003 die *Notstandsgesetze* diese Kammer.

Drittens: Erkennbar wird damit gerechnet, dass von künftigen Truppensendungen ins Ausland zahlreiche Soldaten als Gefallene rücktransportiert werden. So ist es leicht zu verstehen, warum Koizumi im April 2002 und erneut im Januar 2003 den Hort des japanischen Militarismus, den *Yasukuni*-Schrein, besuchte, obwohl er wegen seines ersten Besuches dort im August 2001 heftige Kritik und tiefes Misstrauen aus dem In- und Ausland geerntet hatte. Die japanische Obrigkeit pflegt weiterhin ihre Ehrerbietung für die »für das Vaterland« gefallenen Soldaten, damit dieser Seelentrost auch künftigen Opfern winkt. Nur so ist auch die unermüdliche Vermittlung revisionistischer Thesen zur jüngsten Geschichte Japans durch das Kultusministerium zu verstehen.¹⁹

Die Entschlossenheit des japanischen Volkes, »nie wieder durch Handlungen der Regierung die Gräueltaten eines Krieges zu entfesseln«, wie in der Präambel der Japanischen Verfassung formuliert, ist – bedingt durch das politische Kräfteverhältnis im Parlament – gefährdet wie eine Kerze im Wind. Es darf

aber nicht vergessen werden, dass die Japanische Verfassung eine Antwort auf 3 Millionen japanische und 20 Millionen andere asiatische Kriegsoffer sein sollte. Ihr Artikel 9 ist im Kontext der erwachenden Weltfriedensbewegung zu begreifen, deren ideengeschichtlicher Vorläufer der *Kellogg-Briand-Pakt* vom 27. August 1928 war, der den Krieg als Mittel zur Lösung internationaler Streitfälle verurteilte. Die in den USA der 1920er Jahre aktive Bewegung zur Ächtung des Krieges spielte ebenfalls eine bedeutende Rolle.²⁰ Auch die 1948 verabschiedete UNO-Charta verpflichtet alle Mitgliedstaaten, sich in ihren internationalen Beziehungen jeglicher Androhung oder Anwendung von Gewalt zu enthalten. Heute haben nicht nur Japan, sondern auch Länder wie Italien, Ungarn, Aserbaidschan, Usbekistan, Kasachstan, Ecuador und die Philippinen eine Verfassung, die den Krieg als ein Mittel zur Regelung internationaler Streitigkeiten ausschließt; Costa Rica und Panama besitzen nicht einmal ein stehendes Heer.

Bemerkenswert ist, dass der Artikel 9 der Japanischen Verfassung bei der Abschlusskundgebung des *Haager Friedenskongresses* am 15. Mai 1999 – während des NATO-Bombardements auf Jugoslawien – von 10.000 Teilnehmern aus über 100 Ländern im ersten von zehn dort verkündeten Grundprinzipien für eine gerechte Weltordnung anerkennend zitiert wurde: »Jedes Parlament soll eine Resolution annehmen, in der der Regierung verboten wird, Kriege zu führen, entsprechend Artikel 9 der japanischen Verfassung«.²¹ Gerade in einem Zeitalter, in dem Frieden durch Krieg herbeigeführt und Menschenrechte mit Gewalt durchgesetzt werden sollen, ist der Geist von Artikel 9 der Japanischen Verfassung nicht hoch genug zu schätzen, um unsere Einstellungen und unsere Gesellschaften zu entmilitarisieren und uns gegen den Krieg sowie alle Kriegsvorbereitungen auszusprechen und für eine solidarische Welt einzutreten.²²

-
- 1 Der wichtigste Politiker der konservativen Kreise war Shigeru Yoshida. Von Mai 1946 bis Mai 1947 amtierte er als Ministerpräsident und spielte eine entscheidende Rolle für die japanische Politik der Nachkriegszeit. Während des Zweiten Weltkrieges stand Yoshida unter Beobachtung der Militärpolizei, weil er die Niederlage Japans gegen die USA vorausgesagt hatte. Er war aber kein grundsätzlicher Gegner der japanischen Expansionspolitik. Im ersten Kabinett nach dem Krieg, das ein Angehöriger der Tenno-Familie, Higashikuni, leitete, war Yoshida Außenminister. Auch Higashikuni selber hatte Probleme mit dem ultranationalistischen Flügel der Armee.
 - 2 Hirohito bemerkte im August 1977, die Verneinung seiner Göttlichkeit sei eine Nebensächlichkeit dieser Erklärung; hauptsächlich habe er die demokratische Tradition seit den Fünf Schwüren vom 14. März 1868 betonen wollen.
 - 3 In Japan war die öffentliche Meinung zum Friedensvertrag gespalten. Während die Konservativen die amerikanische Initiative begrüßten, forderten linke Parteien, Gewerkschaften und Intellektuelle, dass Japan als selbständiger Friedensstaat nicht nur mit dem Westen, sondern auch mit den Ostblockländern einen Friedensvertrag schließen soll. Laut »Mainichi«-Zeitung vom 21. November 1949 waren 33,0% der Bevölkerung für einen allseitigen Frieden, gleichzeitig 45,2% für einen sofortigen Frieden nur mit dem Westen. Am 3. Januar 1951 war das Verhältnis 14,3% zu 66,3%. Die Sozialisten beschlossen auf dem Parteitag vom 19. bis 21. Januar 1951 die »Vier Friedensgrundsätze« und forderten darin einen allseitigen Friedensvertrag, die Neutralität Japans, keine Bereitstellung von Militärbasen und keine Wiederbewaffnung. Die Parole »Jungs, nie wieder ans Gewehr!« fand große Resonanz.

- 4 Prof. Yoshikazu Sakamoto bezeichnete diese Verhältnisse als »Ersatzmilitarismus«. Yoshikazu Sakamoto, *Kaku Jidai No Kokusai Seiji: Internationale Politik im Atomzeitalter*, Tokio 1982, S.186.
- 5 Beispiel Philippinen: Nach Verhängen des Belagerungszustandes durch Ferdinando Marcos im September 1972 hat sich der Handel mit Japan plötzlich ausgeweitet. Japan gab dem diktatorischen Regime 13mal gigantische Darlehen, vor allem für Straßenbau, Elektrifizierung der Dörfer, Bewässerung der Felder und Kanalisierung in den 70er Jahren und für Kraftwerk- und Überlandleitungsbau in den 80er Jahren. Das Geld dieser »Entwicklungshilfe« floss an japanische Unternehmen zurück und trug auch zur Bereicherung der Familie Marcos bei. Proteste gegen die von Japan finanzierten Projekte wurden gewaltsam unterdrückt. Das philippinische Volk nannte das Militär, das Hunderttausende Menschen brutal ermordete, »Japón«.
- 6 Zur bedenklichen Politik Satôs: Eiichi Kido: Die japanischen Nobelpreisträger und die Friedensfrage. In: *Krieg und Literatur / War and Literature. International Yearbook on War and Anti-War Literature*, Bd. 7/2001, hg. v. Claudia Glunz-Horstbrink u. Thomas F. Schneider, Osnabrück 2002, S. 31-44.
- 7 Schäden wie Lärm, Umweltverschmutzung und Verbrechen der Soldaten sind vor allem in Okinawa deutlich. Dort sind drei Viertel der in Japan stationierten US-Truppen konzentriert, obwohl die Präfektur nur 0,6% der Gesamtfläche des Landes einnimmt. Die japanische Obrigkeit sieht über den Protest aus Okinawa hinweg. Vor dem historischen Hintergrund ist die Region eine amerikanisch-japanische Doppelkolonie.
- 8 Vgl. Takeshi Ishida: *Japanese Political Culture. Change and Continuity*. New Brunswick / London 1983, S. 125f.
- 9 Aber die historische Tatsache, dass es in Vietnam unter der japanischen Besatzung von 1940 bis 1945 2 Millionen Hungertote gab, war und ist in Japan immer noch kaum bekannt.
- 10 Russland und China: Angaben für das Jahr 2000; vgl.: www.cdi.org/issues/wme/spendersFY03.html. Nach neuesten Angaben des schwedischen SIPRI-Friedensforschungsinstituts entfallen auf die USA rund 43% der weltweiten Militärausgaben (794 Mrd. Dollar). Japan liegt nun auf Rang 2, gefolgt von Großbritannien, Frankreich und China. Legt man allerdings die Kaufkraft zugrunde, verschiebt sich das Bild: Auf die USA folgen China, Indien und Russland; vgl.: *Asahi-Shimbun*, 18. Juni 2003.
- 11 Eiichi Kido: Angst und Hass geschürt. In Japan wächst die Kriegsstimmung gegen Nordkorea. In: *Junge Welt* vom 10. Juni 2003.
- 12 Es ist unwahrscheinlich, dass der klassische Faschismus wieder kommt. Das könnte eher ein »freundlicher Faschismus« sein; vgl. Bertram Gross: *Friendly Fascism. The New Face of Power in America*. New York 1980.
- 13 Es ist wohl eine Tradition japanischer Außenpolitik, an der Seite der jeweils vermuteten stärksten Großmacht zu stehen, wenn man die Geschichte seiner Bündnisse (1902 mit Großbritannien, 1936 mit Deutschland und 1951 mit den USA) betrachtet.
- 14 Eijirô Noda, Botschafter in Indien 1987-1990, fordert, den Sicherheitsvertrag abzuschaffen und einen Freundschafts- und Kooperationsvertrag mit den USA zu schließen. Seiner Meinung nach ermutigt der Druck der amerikanischen Wehrexperthen zur Stärkung des japanisch-amerikanischen Militärpaktes nur die japanischen Ultranationalisten, die die Errungenschaften der Demokratisierung nach dem Zweiten Weltkrieg vernichten wollen. Eijirô Noda: *Japan-U.S. Security Treaty Should Be Scrapped*. In: *International Herald Tribune*, June 23, 2001.
- 15 Diese Situation hängt mit dem neuen Strategiebegriff der NATO vom April 1999 zusammen.
- 16 Über direkte Finanzhilfen wie Arbeits-, Bau-, Wasser-, Licht- und Heizkosten hinaus zahlt Japan 3,96 Mrd. Dollar. Es folgen Südkorea (325 Mill. Dollar), Kuwait (172 Mill. Dollar) und Deutschland (34 Mill. Dollar). Bezieht man indirekte Finanzhilfen wie Pacht- und Steuerfreiheit mit ein, so liegt Japan bei weitem auf Platz 1 mit 5,18 Mrd. Dollar, es folgt Deutschland mit 1,38 Mrd. Dollar.
- 17 Vgl. Wolfram Wallraf: Das Phänomen Koizumi. Durchbruch zur Demokratie oder autoritärer Populismus. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 10/2001.
- 18 Prof. Atsushi Kôketsu weist die wesentliche Ähnlichkeit mit dem Gesetz zur nationalen Totalmobilität von 1938 nach. In: *Asahi-Shimbun*, 24. April 2002.
- 19 Vgl. Kido, a.a.O., (Anm. 7)
- 20 Mehr als 2 Mio. amerikanische Bürger unterschrieben eine Petition für die Ächtung des Krieges. Diese Bewegung mag den Außenminister, Frank Billings Kellogg, beeinflusst haben. Ministerpräsident Shidehara, der mit McArthur den Artikel 9 entwarf, stand damals als Botschafter in den USA mit Kellogg und den Initiatoren der Bewegung in Verbindung.
- 21 Deutscher Friedensrat (Hg.): *PAX REPORT*, Nr. 6, Juni 1999, S. 2.
- 22 Vgl. Charles M. Overby: *A Call for Peace: The Implications of Japan's War-Renouncing Constitution*. Tokyo 1997.